

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle ganz herzlich willkommen zur 15. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt ganz besonders unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Wir treten nun in die Abarbeitung unserer **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Massive Verstöße gegen Arbeitszeitvorgaben an nordrhein-westfälischen Krankenhäusern endlich beenden

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/522

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 18.11.2010 gemäß § 90 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Guten Morgen! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion führt unmittelbar vor Augen, dass in nordrhein-westfälischen Kliniken offenbar massiv gegen Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes verstoßen wird.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

So wurden bei einer von der FDP initiierten Schwerpunktprüfung im ersten Halbjahr dieses Jahres in 37 von 40 überprüften Krankenhäusern Verstöße festgestellt. Insgesamt waren es 101 Verstöße, alleine 15-mal waren Ärzte länger als 24 Stunden im Dienst.

Von den Folgen dieser Verstöße können wir immer häufiger in der Zeitung lesen. Übermüdung verursacht Fehler: mal wird ein falsches Medikament verabreicht, mal das falsche Bein amputiert, mal eine OP-Klammer im Bauchraum vergessen. Pro Jahr misslingen nach Angaben der Bundesärztekammer bundesweit über 2.000 Eingriffe und Behandlungen. Einer der Hauptgründe dafür ist die Übermüdung von Ärzten. Das Aktionsbündnis Pati-

entensicherheit, dessen Schirmherr der Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler ist, spricht sogar von jährlich 17.000 Toten durch Behandlungsfehler in Deutschland.

Trotzdem haben es Gewerkschaften – Herr Schneider, Gewerkschaften! – genau wie die öffentliche Hand als Arbeitgeber versäumt, Ärzte vor Marathonschichten und die Menschen in diesem Land vor den im schlimmsten Fall tödlichen Behandlungsfehlern zu schützen. Die rot-grüne Novelle des Arbeitsschutzgesetzes von 2004 im Bund hat ausgerechnet für den sensiblen Bereich der Klinikärzte unter Mithilfe der Gewerkschaften durch die Möglichkeit von tariflichen Öffnungsklauseln die 24-Stunden-Marathondienste für Klinikärzte weiterhin legalisiert. Aber selbst gegen diese aus unserer Sicht unverantwortlich lasche Regelung verstoßen nach Ihren Angaben über 92 % der überprüften Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben auch nachgefragt, in welchem Umfang Sanktionen seitens der Arbeitsschutzbehörden verhängt wurden. Dabei ist herausgekommen, dass lediglich in sieben Fällen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurde. Ich finde das angesichts des hohen Risikos für die Patientensicherheit, von dem auch die Landesregierung in ihrer Antwort spricht, alles andere als überzeugend.

(Beifall von der FDP)

Und wenn man diese sieben Fälle den über 40.000 Bußgeldern gegenüberstellt, die in Nordrhein-Westfalen pro Jahr für Lenkzeitüberschreitungen bei LKW-Fahrern verhängt werden, steht das in keinem Verhältnis. Die Landesregierung lässt die Patienten alleine, während sie Verkehrsteilnehmer berechtigt und effizient sichert.

Der jetzige Befund macht deutlich, dass die bisherigen Kontrollen und die Maßnahmen des Arbeitsschutzes offenbar keine zufriedenstellende Wirkung entfalten. Das ist nicht nur ein Zeichen für mangelnden Arbeitnehmerschutz, sondern mindestens ebenso sehr für mangelnden Patientenschutz. Denn die Möglichkeit, in einer Notfallsituation auf einen übermüdeten Arzt zu treffen, ist leider realistischer, als sich das jeder aus naheliegenden Gründen selbst vorstellen möchte.

Das Problem ist keinesfalls neu. Bereits vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass der Alltag von Krankenhausärzten durch erhebliche Überstunden und Arbeitsbelastung geprägt ist. Deshalb fordern wir die Ausweitung der Kontrollen, die konsequente und wirksame Ahndung der Verstöße und die Veröffentlichung der Häuser, die sanktioniert wurden. Dies ist eine äußerst wichtige Information für Patienten. Denn das Risiko, dass in diesen Häusern Behandlungsfehler passieren, ist deutlich erhöht. Dass Sie aus Datenschutzgründen eine Veröffentlichung ablehnen, ist vor die-

sem Hintergrund unverantwortlich. Denn Behandlungsfehler können auch tödlich sein.

(Beifall von der FDP)

Der Anlass für unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr war eine Umfrage unter Klinikärzten, die auf Initiative der Ärztekammer Westfalen-Lippe durchgeführt wurde. Über 70 % der Ärzte haben damals angegeben, die zulässige Arbeitszeit zu überschreiten. Präsident Theo Windhorst sprach seinerzeit von einem erschreckenden Ergebnis. Wir sind exakt seiner Meinung. Wir haben den damaligen Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann auf stärkere Kontrollen in NRW-Kliniken gedrängt. Die erste Konsequenz war diese Schwerpunktprüfung, über deren Ergebnisse wir heute debattieren.

Die Bundesärztekammer hat im Juni dieses Jahres eine Statistik zu der Häufigkeit von Behandlungsfehlern vorgestellt. Von insgesamt über 7.000 gemeldeten Fällen, die bei den Gutachterkommissionen und den Schlichtungsstellen im vergangenen Jahr bearbeitet wurden, handelt es sich in über 30 % der Fälle, also bei über 2.000 Fällen, tatsächlich um Behandlungsfehler. Neben Kommunikationsproblemen seien häufig Stress und Übermüdung der Grund für die Fehler in der Routinebehandlung. Auch sind die Arbeitsbedingungen in den Kliniken durch höhere Arbeitsverdichtung gekennzeichnet. Immer mehr Patienten – darunter auch ältere Menschen mit komplexen Krankheitsbildern – müssen in immer kürzeren Zeitabschnitten versorgt und behandelt werden.

Präsident Hoppe von der Bundesärztekammer spricht von einer hohen psychischen Belastung – bedingt durch langes Stehen im OP, wenig Schlaf und lange Arbeitszeiten. Daraus folgt eine wachsende psychische Belastung. Es verwundert nicht, dass der Fachkräftemangel im Krankenhaus immer lautstärker beklagt wird.

Wir wissen, dass Ärzte zu den Berufsgruppen gehören, die in hohem Maße von Burn-out betroffen sind. Nach Studien leiden 20 % aller Klinikärzte darunter. Gerade von Ärzten wird häufig erwartet, dass sie sich voll in ihrem Beruf engagieren und sich bei ihrem zeitlichen Einsatz wenige Grenzen setzen. Auch dass das Pflegepersonal in ähnlicher Weise betroffen ist, macht es nicht leichter. Wir ermutigen die Betroffenen, die Arbeitnehmer, die Überbeanspruchung stärker zur Sprache zu bringen und dies im Interesse der Patienten, aber auch im Interesse und für den Erhalt der eigenen Gesundheit zu melden.

Offensichtlich ist, dass sich viele Kliniken immer noch damit schwertun, dieses Arbeitsschutzgesetz umzusetzen. Das ist umso verwunderlicher, als unattraktive Arbeitsbedingungen die Konkurrenzfähigkeit eines Hauses auf Dauer zunichtemachen. Sie führen dazu, dass gerade Ärzte immer seltener Interesse an einer Tätigkeit im Krankenhaus entwickeln.

Denn neben den beschriebenen gesundheitlichen Auswirkungen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei einem Arbeitstag von durchschnittlich zwölf Stunden pure Illusion. Die Krankenhäuser müssen sich also etwas einfallen lassen, wenn sie eine Trendwende wünschen und ihnen Versorgungsqualität am Herzen liegt.

Gefordert ist aber insbesondere natürlich der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, der sich laut Koalitionsvertrag dem Arbeitsschutz der Arbeitnehmer mit besonderem Engagement widmen will. Einen Handlungsbedarf beim Arbeitsschutz gibt es sicherlich auch bei anderen Berufsgruppen, jedoch ist diese Kombination aus Selbst- und Fremdgefährdung gerade im Krankenhaus von besonderer Tragweite.

Bisher sind Sie, Minister Schneider, konzeptlos. Die Gesundheitsministerin schweigt; sie ist heute Morgen nicht einmal anwesend. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Herr Minister Schneider, Sie haben einen ganz schwachen Start als Arbeitsminister hingelegt.

(Zuruf von der SPD: Sie reden Stuss!)

Bisher gab es nur den Streit um den hauptamtlichen Behindertenbeauftragten, mit dem Sie den Konsens bei der Behindertenpolitik aufgekündigt haben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Romberg, Sie denken an die Zeit?

Dr. Stefan Romberg (FDP): Und jetzt nehmen Sie auch den Arbeitsschutz nicht ernst. Machen Sie endlich Ihre Aufgaben in der Landesregierung! – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Parlament könnte es sich ganz einfach machen: Wir haben ein strenges Arbeitszeitgesetz, das strafbewehrt ist. Man muss es nur anwenden. Der Vollzug ist jedoch, wie Herr Dr. Romberg vorgetragen hat, nicht hinreichend. Dafür trägt die untätige Landesregierung die Verantwortung. – Ende der Aktuellen Stunde!

Wenn es heute nur um den Gesetzesvollzug geht, greift die Auseinandersetzung allerdings viel zu kurz. Zum einen ist festzustellen, dass wir ein kompliziertes Arbeitszeitgesetz haben, das kaum jemand versteht, Krankenhäuser vor besondere Herausforderungen stellt und einen hohen Beratungsbedarf auslöst, der gegebenenfalls extern gedeckt werden muss.

Die Bezirksregierungen legen das Gesetz unterschiedlich aus. Die Krankenhausträger wiederum haben ihre eigenen Beurteilungen. Das führt immer wieder zu Konflikten, die in Bußgeldverfahren gegebenenfalls vor Gericht ausgetragen werden müssen.

Wie ist beispielsweise der Übergang von der Vollarbeitszeit zum Bereitschaftsdienst zu bewerten? Wie sieht es mit der Rufbereitschaft oder mit den Pausenzeiten aus? Warum gehen die Bezirksregierungen von einer Nettoarbeitszeit aus, obwohl das Gesetz dies nicht vorsieht? Warum lässt der Arbeitsschutz keine Ausnahmen in außergewöhnlichen Situationen zum Beispiel bei Pandemien, bei unkalkulierbarem höherem Patientenaufkommen oder bei Notfällen zu? Warum akzeptieren die Bezirksregierungen im Rahmen der gesetzlichen Öffnungsklauseln tarifvertragliche Vereinbarungen nicht und schränken diese ein?

Die Umsetzung der Arbeitszeitregelungen in Krankenhäusern ist daher vielschichtig und komplex. Es wäre aberwitzig, nach mehr Staat zu rufen und ein stärkeres staatliches Vorgehen gegen die Krankenhäuser, schärfere Kontrollen oder gar höhere Strafen zu fordern und dabei die katholischen, die evangelischen, die kommunalen, die privaten Krankenhäuser – übrigens auch die Universitätskliniken des Landes NRW – oder die Chefärzte, soweit sie für die Personaleinsatzplanung für ihren Fachbereich zuständig sind, zu kriminalisieren.

Denn niemand kann ernsthaft behaupten, dass Krankenhausleitungen, mitwirkende Mitarbeitervertretungen, die Chef- oder Assistenzärzte gewissermaßen aus reinem Vergnügen bewusst gegen das Gesetz verstoßen.

Im Übrigen: Vielleicht darf man wieder daran erinnern und anerkennen, dass Ärzte ihren Hippokratischen Eid erfüllen, auch wenn sie Überstunden leisten.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Wenn sich das Parlament sachgerecht dem eigentlichen Problem nähern will, wäre es von Interesse, genauer hinzusehen, warum es immer wieder zu Verstößen gegen diese gesetzlichen Regelungen kommt. Sicherlich ist Folgendes zu unterscheiden: Sind die von den Krankenhausträgern gemeinsam mit den Mitarbeitervertretungen erarbeiteten und umgesetzten Arbeitszeitmodelle oder Dienstpläne nicht gesetzeskonform? Dann könnte man sie einvernehmlich und kooperativ mit dem Arbeitsschutz verändern. Oder handelt es sich um Verstöße in einzelnen Fällen gegen die ansonsten gesetzeskonformen Dienstpläne?

Welche Gründe gibt es für die Arbeitszeitüberschreitungen? Was genau hat dazu geführt? Ist es die Ausbeutung des Arztes im Hinblick auf die Arbeitszeit oder war der betroffene Arzt mitten in einer OP, als er die Arbeitszeit überschritten hat? Wurde er zu

einem Notfall gerufen, oder war die Überschreitung der Arbeitszeit notwendig, um die Nachsorge eines von ihm behandelten Patienten sicherzustellen? Mit anderen Worten: Hat der Arzt lediglich seine Pflicht getan, gleichwohl aber gegen das Gesetz verstoßen? Wie bewertet die Landesregierung, Herr Schneider, dieses Spannungs- und Konfliktfeld. Das mag die Landesregierung in der weiteren Debatte aufklären. Dabei sollte sie diesen Konflikt lösen.

Es geht natürlich um die Zusammenführung der betrieblichen Arbeitsorganisation und der verschiedenen Organisationseinheiten. Es geht aber auch um die medizinische Versorgung der Patienten, die sichergestellt werden muss.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um die Planung von Schönheitsoperationen, wann ich welchen Termin festlege, sondern es geht um Akutversorgung, Sofortoperationen, langwierige Operationen, Notfallpatienten und so weiter und so weiter. Es geht um Patienten, die man nicht unversorgt liegen lassen kann, weil man gerade Feierabend hat, sondern es geht auch um Nachsorge, häufig auch um persönliches Engagement des Arztes für seinen Patienten.

Es geht natürlich auch um mehr Personal in den Krankenhäusern und um die Finanzierung des Personalbedarfs. Von 1995 bis 2008 ist die Zahl der Ärzte in den Krankenhäusern von 28.000 um 4.200 auf 32.200 gestiegen. Neben der Leistungsverdichtung hängt der Personalbedarf mit dem Arbeitszeitgesetz zusammen.

Heute aber beklagen wir Ärztemangel. Viele Krankenhäuser sind kaum noch in der Lage, ihren Personalbedarf zu decken. Wir brauchen Fachkräfte, mehr Studienplätze im Fach Medizin. Die Konsequenz des Gesetzes lautet: Wenn das Personal nicht ausreicht, um gesetzeskonforme Arbeitszeiten zu garantieren, müssen medizinische Leistungen entfallen. Dann müssen wir aber nicht über Arbeitszeiten, sondern über die Qualität ärztlicher Leistungen bis hin zur Vernachlässigung von Patienten reden. Wir müssen auch offen über Überangebote an medizinischen Leistungen, über Krankenhausplanung reden. Dort besteht dringender Handlungsbedarf.

Alle diese gesellschafts- und gesundheitspolitischen Herausforderungen lassen sich nicht über das Arbeitszeitgesetz und Sanktionen regeln. Es muss eine transparente Diskussion über die Situation der Krankenhäuser, des Bettenbedarfs, der Notwendigkeit und Qualität medizinischer Leistungen und des Fachkräftebedarfs erfolgen. Am Ende müssen tragfähige Lösungen stehen, die eben auch mit Arbeitszeiten konform gehen.

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage gibt auch her, dass die Arbeitsschutzbehörde nicht nur den Gesetzesvollzug überwacht, sondern auch berät und unter-

stützt. Das ist grundsätzlich der richtige Weg. Es kommt eben darauf an, im Sinne einer tatsächlichen Verständigung mit den Krankenhausträgern Rechtssicherheit zu schaffen. Das ist die Aufgabe, die die Krankenhäuser und die Arbeitsschutzbehörden gemeinsam lösen müssen.

Nicht in Ordnung ist es aber, wenn sich die Bezirksregierungen ihrer Verantwortung für eine einvernehmliche Mitwirkung entziehen und nur noch auf Sanktionen setzen. Diese Beratungsphase muss verlängert werden. Sie ist ein ständiger Prozess.

Statt den Richter oder Staatsanwalt loszuschicken, erwarten wir eine Problemlösung der komplexen Fragestellungen und eine einheitliche Anwendung des Gesetzes. Dafür nehmen wir die Landesregierung in die Verantwortung. Die Krankenhäuser dürfen in Sachen Arbeitszeitregelung von der Landesregierung nicht mit ihren Problemen alleingelassen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Ich muss gestehen: Als ich den Antrag der FDP zu dieser Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich zunächst einmal gestutzt: Die Überprüfung des Arbeitsschutzes in den Krankenhäusern lief – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – bis zum 30.06. Habe ich darüber hinaus das Datum der Regierungsbildung richtig in Erinnerung, ist Guntram Schneider seit dem 15.07. dieses Jahres zuständiger Minister.

Meine Damen und Herren, mich interessiert, was eigentlich unter der Verantwortung der schwarz-gelben Landesregierung und deren Koalition in Sachen Arbeitsschutz in den Krankenhäusern passiert? Dazu habe ich weder etwas von Herrn Romberg noch von Herrn Preuß gehört. Meine Damen und Herren, das würde mich doch sehr interessieren.

(Beifall von der SPD)

Dieses Thema steht immerhin nicht erst seit diesem Jahr auf der Tagesordnung, sondern die Übergangsfrist nach dem EuGH-Urteil vom September 2003 endete im Jahr 2006. Sie müssen sich schon fragen lassen: Was haben Sie denn in Ihrer Regierungszeit eigentlich unternommen, um Arbeitszeitverstöße in den Krankenhäusern zu verhindern und ihnen zu begegnen? Welche Initiativen hat es gegeben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Krankenhäusern zu stär-

ken oder andere Dinge zu tun? – Hier kann ich eigentlich nur feststellen: Fehlanzeige!

Ich habe die Pressemitteilung von Herrn Romberg zur Beantragung der Aktuellen Stunde gelesen. Dort heißt es: Die Landesregierung weiß, dass der Patientenschutz gefährdet ist, aber unternimmt nichts, um diese unzumutbaren Zustände zu beenden. Offenbar hat sie weder ein Konzept zur Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes noch zur Patientensicherheit.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Wenn die FDP bereit ist, die Defizite der schwarz-gelben Regierungskoalition zu diskutieren, haben wir dagegen absolut nichts. Dazu sind wir gerne bereit. Aber dann müssen Sie wirklich sagen, wo Ihre Alternativen liegen und was Sie getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will gerne einmal das zitieren, was Minister Schneider unwidersprochen im AGSI am 22.09.2010 zum Thema Arbeitsschutz gesagt hat:

„Ich habe in meinem Hause, dem MAIS, einen Arbeitsschutz vorgefunden, der weder den fachlichen Ansprüchen noch den gesetzlichen Aufträgen für den Arbeitsschutz entspricht. Der Arbeitsschutz ist personell unterbesetzt. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Skandal um die PCB-Vergiftung in Dortmund, wo wirklich deutlich gemacht wurde, dass ein unterbesetzter Arbeitsschutz Gefahrenabwehr nicht mehr bewältigen kann.“

Meine Damen und Herren, es ist schon ganz erstaunlich, was der Minister dort gesagt hat. Wenn sich Herr Romberg hier aufbläst, muss er sich schon vorhalten lassen, dass die schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 650 Stellen im Arbeitsschutz vorgefunden hat und auf 482 Stellen im Jahr 2010 zurückgeführt worden sind. Das sind 168 Stellen weniger.

Meine Damen und Herren, sind Sie denn so naiv zu glauben, das wäre ohne Wirkung für den Arbeitsschutz in Nordrhein-Westfalen, hätte keine Auswirkungen auf Kontrollen und auf Beratung – vielleicht auch von Unternehmen und Krankenhäusern?

Meine Damen und Herren, Sie machen es sich verdammt leicht. Das will ich Ihnen einmal sagen. Wenn Sie glauben, Sie könnten die Versäumnisse der Regierung Rüttgers ein halbes Jahr später anderen anhängen, ist das für mich nichts anderes als eine intellektuelle Beleidigung, um Ihnen das in aller Klarheit und Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage es Ihnen auch ganz deutlich, meine Damen und Herren: Für die Streichung der Stellen im Arbeitsschutz sind Sie verantwortlich. Das ist ein

Teil der verheerenden Bilanz, die Sie als Regierung vorgelegt haben.

Meine Damen und Herren, auch verwundert mich die neue Beflissenheit in Sachen Arbeitsschutz wirklich. Bisher ist gerade die FDP nicht als typische Arbeitnehmerpartei bekannt geworden, sondern wir haben immer ein „Privat vor Staat!“ erlebt. Jetzt soll das auf einmal alles wieder anders sein? – Vielleicht sind Sie ja lernfähig!

(Widerspruch von der FDP – Zuruf von der FDP: Antrag!)

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass auch Ihre Parteifreunde auf Bundesebene über Ihren Eifer sehr erstaunt wären. Denn der Bundesgesundheitsminister mutet doch gerade mit der neuen GKV-Finanzierung den 413 nordrhein-westfälischen Kliniken massive finanzielle Einbußen zu. Die Folgen dieses Gesetzes für das Klinikpersonal kann ich Ihnen beziffern.

(Zuruf von der FDP)

– Nun seien Sie mal still! – Die Krankenhausgesellschaft in Nordrhein-Westfalen hat berechnet, dass die 230 Millionen €, die im Jahr 2010 bei den Krankenhäusern zu fehlen drohen, 3.800 qualifizierte Arbeitsplätze kosten würden. Das ist vor dem Hintergrund anderer Faktoren, beispielsweise des stetig steigenden Ärztemangels, eine katastrophale Entwicklung.

Meine Damen und Herren, der Kostendruck auf die Krankenhäuser, der von Herrn Rösler aus Berlin erzeugt wird, vernichtet zudem die Verbesserungen in der Personalsituation, zum Beispiel in der psychiatrischen Versorgung oder durch das Pflegeförderungsprogramm, das von der früheren Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Personalabbau, der durch dieses Finanzierungsdefizit droht, ist weder den Krankenhausangestellten noch den Patientinnen und Patienten zuzumuten. Die Verantwortung dafür müssen Sie, meine Damen und Herren, übernehmen.

Die SPD hat eine Alternative. Wir wollen verbindliche, differenzierte Personalmindestzahlen für Krankenhäuser. Diese schaffen Sicherheit und gute Qualität in der Versorgung sowie gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und erhöhen die Attraktivität des Arbeitsplatzes in der Pflege.

Schwarz-Gelb im Bund zerstört in dieser Woche die tragenden Säulen der gesetzlichen Krankenversicherung und führt die Zweiklassenmedizin ein. Meine Damen und Herren, Sie bedienen erneut Lobbyinteressen der PKVen und der Pharmaindustrie, während sich Otto Normalverbraucher in Zukunft fragen muss, ob er sich eine Behandlung noch leis-

ten kann und dafür auch noch in Vorlage treten muss, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Dazu kann ich nur sagen: Ich wundere mich doppelt, mit welcher Berechtigung ausgerechnet Sie sich scheinheilig für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Krankenhäusern einsetzen.

Aber welche Konsequenzen ziehen wir aus der Situation der Beschäftigten? – Wir werden die Arbeitszeitverstöße in den Krankenhäusern nicht tolerieren. Das ist durch die Beantwortung der Kleinen Anfrage bereits deutlich geworden. Ich plädiere dafür, dass die Arbeitszeiten eingehalten und auch künftig überprüft werden, und zwar die sowohl der Ärzte als auch des Pflegepersonals. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass wir keine Risiken eingehen können, meine Damen und Herren.

Meine Redezeit ist gleich zu Ende, daher will ich noch eines sagen. Ich habe ganz großen Respekt vor der Arbeit und den Leistungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen. Dieses Signal sollten wir den Menschen, die dort arbeiten und sich sehr stark einsetzen, auch einmal geben. Deswegen stelle ich fest: Es hilft den Beschäftigten nichts, es hilft den Krankenhäusern nichts, wenn der Versuch gestartet wird, die Verhältnisse zu skandalisieren.

Ich will noch einmal sagen: Wer für die Schwächung des Arbeitsschutzes verantwortlich ist, wer für diese Gesundheitsreform verantwortlich ist, ist völlig unglaubwürdig. Diese Skandalisierung hilft weder den Patientinnen und Patienten noch den Beschäftigten in den Einrichtungen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Scheffler. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf einzelne Punkte des Themas eingehe, erlauben Sie mir ein paar Sätze zur Historie der Arbeitszeitregelung in den Krankenhäusern zu sagen.

Bereits ein Beschluss des Europäischen Gerichtshofs vom 3. Juli 2001 bestätigte, dass „ein die Anwesenheit der am Arbeitsort erfordernder Bereitschaftsdienst nicht zur Ruhezeit, sondern zur Arbeitszeit im Sinne der Arbeitsrichtlinie zählt“. Dies veranlasste die damalige Bundesregierung zur Änderung des gültigen Arbeitszeitgesetzes. Zum 1. Januar 2004 trat eine Regelung in Kraft, die den Bereitschaftsdienst der Arbeitszeit des Arbeitnehmers zuordnet. Den Krankenhäusern wurde dabei eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2005

eingerräumt. Diese Übergangsfrist diene dazu, den Krankenhäusern ausreichend Zeit einzuräumen, um die daraus resultierenden Umstellungsprobleme zu bewältigen.

In bundesweiten Protesten mahnten schon damals die Klinikärztinnen und -ärzte eine europarechtskonforme Änderung des deutschen Arbeitszeitgesetzes in Bezug auf die Bereitschaftszeiten in den Kliniken an. Etwa ein Drittel der 2.200 bundesdeutschen Krankenhäuser hatte schon die zum 31. Dezember 2005 endende zweijährige Übergangsfrist zur vollständigen Einführung des Arbeitszeitgesetzes genutzt und gezeigt, dass eine europarechtskonforme Ausgestaltung der Dienstpläne möglich ist. Das heißt, die Kliniken hatten mehr als genug Zeit, das Arbeitszeitgesetz umzusetzen. Ich erinnere daran, dass der Landtag dieses Thema auf Grundlage des Antrages der Fraktion der Grünen Anfang 2006 mehrfach beraten hat.

Was haben wir drei Jahre nach Ablauf dieser Übergangsfrist für eine Situation? – Laut Antwort auf die Kleine Anfrage 93 des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales wurden in 37 von 40 überprüften Krankenhäusern, also in 90 % der Fälle, Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen in unterschiedlichen Prägungen festgestellt. Das sind keine Einzelfälle, sodass man in der Tagesordnung einfach zum nächsten Thema übergehen kann. Anscheinend ist es die übliche Vorgehensweise der Krankenhäuser, die rechtlichen Bestimmungen zu übergehen. Die Folge ist, dass die Klinikärztinnen und Klinikärzte weiterhin wegen überlanger Arbeitszeiten oftmals am Rande der körperlichen und geistigen Erschöpfung, Patientinnen versorgen müssen.

Das gefährdet nicht nur die Gesundheit der behandelnden Ärztinnen und Ärzte, sondern auch die Patienten. Studien haben verdeutlicht, dass rund 10 % der ärztlichen Behandlungsfehler in den Kliniken auf Übermüdung, Arbeitsüberlastung und personelle Unterbesetzungen zurückzuführen sind. Dabei muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass die Fehlerursache „Übermüdung“ in den Schadensmeldungen nur in Einzelfällen als offizielle Ursache auftaucht.

Um dem Ärztemangel in den Krankenhäusern in NRW begegnen zu können und die Motivation der jungen Medizinerinnen und Mediziner zu erhöhen, in Krankenhäusern zu arbeiten, ist es dringend notwendig, konsequent gegen die Verstöße vorzugehen. Sie sehen sich weiterhin gezwungen, Rund-um-die-Uhr-Dienste zu schieben und im Zweifel über Leben und Tod der ihnen anvertrauten Patienten zu entscheiden.

Wenn Assistenzärztinnen und Assistenzärzte an den Kliniken nicht selten 40 bis 60 Stunden in der Woche arbeiten, Dienste von 16 bis 18 Stunden verrichten und gleichzeitig zwei Drittel ihrer Überstunden nicht bezahlt bekommen, dann ist nachvollziehbar, dass das Berufsbild „Ärztin/Arzt im

Krankenhaus“ negativ belastet ist und viele ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner auf alternative Berufsfelder oder ins Ausland ausweichen.

Schon heute können viele Krankenhäuser nicht alle Stellen besetzen, weil viele qualifizierte Ärztinnen und Ärzte angesichts ihrer im europäischen Vergleich niedrigen Gehälter und inhumanen Arbeitszeiten in andere europäische Länder ausweichen. Das ist die Realität.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich verstehe natürlich, dass die Krankenhäuser, die auf der einen Seite einen Versorgungsauftrag haben, auf der anderen Seite auch wirtschaftlich arbeiten müssen. Dies kann aber nicht auf Kosten der Gesundheit der Patientinnen und Patienten sowie der Ärztinnen und Ärzte ausgetragen werden.

Deshalb ist es unter anderem dringend notwendig, dass die Arbeitsschutzbehörde flächendeckend alle Krankenhäuser überprüft und Verstöße mit konkreten Maßnahmen ahndet. Dr. Romberg, Sie können sicher sein, dass diese Regierung diese Aufgabe ernst nimmt und ernst nehmen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD, von der LINKEN und von Karl-Josef Laumann [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Herr Zimmermann das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, welches Ausmaß die Arbeitszeitverstöße bei Klinikärzten – ich betone aber: es geht hier nicht nur um die Ärztinnen und Ärzte, sondern auch um andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen – mittlerweile angenommen haben.

Solche Verstöße gehen eben nicht nur zulasten der Ärztinnen und Ärzte, sondern auch der Pflegeberufe, anderer Berufsgruppen und vor allen Dingen natürlich – das dürfen wir nie vergessen; das ist von Ihnen auch angesprochen worden, Herr Romberg – der Patientinnen und Patienten, die wir im Auge haben müssen. Wir freuen uns, dass die FDP jetzt endlich anerkennt, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Arbeitsbelastung der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Versorgungsqualität gibt.

Aber, meine Damen und Herren von der FDP, bei der Frage der Privatisierung von Krankenhäusern wird dieser Zusammenhang von Ihnen bisher kontinuierlich negiert. In Deutschland müssen Ärzte, die als Vollkraft in einem privaten Krankenhaus arbeiten, durchschnittlich etwa 28 % mehr belegte Betten betreuen als ihre Kolleginnen und Kollegen in einem

öffentlichen Krankenhaus. Wenn Sie also etwas gegen die zunehmende Arbeitsbelastung der Ärztinnen und Ärzte tun wollen, sollten Sie sich zunächst einmal gegen die Privatisierung der Krankenhäuser wenden. Da Sie das nicht tun, ist Ihre Aufregung ein wenig unglaubwürdig.

(Beifall von der LINKEN – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Findet das nur dort statt, Herr Zimmermann?)

– Natürlich auch woanders, aber da besonders.

(Weiterer Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

Ihre Aufregung ist aber auch aus anderen Gründen pure Heuchelei. Die Krankenhäuser sind zum Stichtag 30. Juni 2010 überprüft worden, also nur wenige Wochen nach der konstituierenden Sitzung in dieser Legislaturperiode. Davor waren Sie fünf Jahre lang für die Gesundheitspolitik in diesem Lande verantwortlich.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Sie haben also in erster Linie die miserablen Arbeitsbedingungen in diesem Bereich mit zu verantworten. In Nordrhein-Westfalen mussten die Ärztinnen und Ärzte und die Pflegekräfte nach der Krankenhausstatistik des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2008, also während Ihrer Regierungszeit, etwa 5,6 % mehr belegte Betten versorgen als ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundesdurchschnitt. Das zeigt, wie vor allen Dingen die Situation in Nordrhein-Westfalen aussieht – dank Ihrer Politik.

(Beifall von der LINKEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass wir uns heute mit den aus diesen Missständen zu ziehenden Konsequenzen beschäftigen sollen. Bevor wir das tun, sollten wir aber eine vernünftige Ursachenanalyse betreiben. Dabei kommen zumindest wir zu dem Schluss, dass in den letzten beiden Jahrzehnten der Krankenhaussektor durch das Zutun aller Parteien mit Ausnahme unserer Partei zu einem Markt verkommen ist,

(Heike Gebhard [SPD]: Sie waren ja auch nicht dabei!)

in dem um Anteile und Rendite gekämpft wird. Es steht nicht der Patient, sondern vor allen Dingen der Profit im Mittelpunkt. Es gibt einen Wettbewerb, der nicht in erster Linie um Qualität, sondern um Kosten ausgetragen wird. Nun sind nahezu zwei Drittel der Kosten im Krankenhaus Personalkosten, wie wir doch alle wissen. Daher wird der Kostenwettbewerb vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

In dieser Situation sind die Ärztinnen und Ärzte übrigens noch diejenigen, die am wenigsten leiden, obwohl wir deren Arbeitsbelastung wahrhaftig nicht kleinreden wollen. Noch verheerender sieht die Si-

tuation mittlerweile bei Pflegekräften und erst recht bei den Beschäftigten aus, die man outsourct oder, wie im Uniklinikum Essen oder bei der Arbeiterwohlfahrt, in Leiharbeit drängt.

Ich komme zurück zu den Ärztinnen und Ärzten. Wenn es für das Krankenhaus aufgrund der Fallpauschalen lukrativ ist, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Patienten zu behandeln, dann ist genau dieses Anreizsystem in den Kliniken falsch und führt zu einer stärkeren Arbeitsbelastung für Ärztinnen und Ärzte, aber auch für andere Berufsgruppen. Das werde ich hier immer wieder betonen. Die Aufgabe muss es sein, die Bedürfnisse der Patienten wieder in den Vordergrund zu stellen und nicht in erster Linie die Kostendämpfung.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn immer mehr private Träger im Krankenhaussektor auftauchen, Gewinne machen, diese an Aktienbesitzer ausschütten und dadurch mit den Beiträgen der Versicherten für eine Subventionierung von Aktienbesitzern sorgen, muss der Forderung des Interessenverbandes kommunaler Krankenhäuser gefolgt werden: Es muss ein Gewinnverbot für Kliniken geben! Alles andere ist zutiefst unmoralisch. Gesundheit darf keine Ware sein. Damit darf kein Profit erzielt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Also, meine Damen und Herren von FDP und CDU, wenn Sie wirklich etwas für die Beschäftigten im Gesundheitswesen tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die Finanzierungsbasis im Gesundheitswesen erweitert wird. Mit einer solidarischen Bürgerversicherung müssen endlich auch die Selbstständigen, die Beamtinnen und Beamten und vor allen Dingen die Reichen für die Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung aufkommen.

Derzeit wird das System lediglich von einer Gruppe finanziert, die Sie angeblich immer entlasten wollen, nämlich von den abhängig Beschäftigten und – aufgrund Ihrer Politik im Bund allerdings immer weniger – von den Arbeitgebern.

Wir treten dafür ein, dass endlich auch aus Gewinnen aus Aktien, Immobilien und Zinsen Krankenhausbeiträge gezahlt werden müssen. Wenn auch Kapitaleinkünfte zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung herangezogen werden und wenn die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise angehoben bzw. langfristig abgeschafft wird, dann haben wir ein Solidarsystem, das den Namen auch verdient. In einem solidarisch finanzierten System wären genügend Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte da, um die Ausbeutung dieser Beschäftigten endlich zu beenden.

Lassen Sie uns das gemeinsam machen! Aber dann müssen Sie vor allen Dingen in Berlin Druck

auf Ihre Parteien ausüben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung: Herr Dr. Romberg, dass Sie sich an meiner Person abarbeiten, ist angesichts meiner Vergangenheit ganz normal. Wenn das anders wäre, wäre mit mir irgendetwas schiefgelaufen. Also, ich kann das sehr gut aushalten, und wir haben ja noch viereinhalb Jahre Zeit, um diese Auseinandersetzung fortzusetzen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das werden wir abwarten!)

– Das werden wir abwarten, Herr Papke. Ich bin da ganz optimistisch.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie kommen auch noch dran, Herr Becker! – Gegenruf vom Parl. Staatssekretär Horst Becker: Dann fordern Sie doch Neuwahlen! – Ministerin Barbara Steffens: Ja!)

– Ja, die Gesundheitsministerin ist auch da. Sie spricht sogar gleich. Denn wir treten immer als Tandem auf. Nehmen Sie das doch bitte mal zur Kenntnis!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Nun zur Sache! Die Arbeitsschutzverwaltung in diesem Lande geht jeder Beschwerde – natürlich auch denen aus Krankenhäusern – nach und ahndet diese auch, wo es notwendig ist. Gefragt ist aber – das sage ich auch sehr deutlich – ein Arbeitsschutz mit Augenmaß; das habe ich mein ganzes Berufsleben lang so gesehen.

Das wichtigste Ziel der Landesregierung ist es, dass die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung nicht gefährdet wird – weder durch übermüdete Ärzte noch durch Maßnahmen zur Ahndung von Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz – und dass die Ärzte arbeitszeitgesetzkonforme Arbeitspläne bekommen.

Die Krankenhäuser selbst tragen die Verantwortung für die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen, also auch bezüglich der Arbeitszeitgestaltung. Die Landesregierung berät die Krankenhäuser, wie sie die Rechtsvorschriften umsetzen können. Das ist wichtiger als manche Ahndung von Verstößen, und es ist auch erfolgreicher. Beratung ist gerade in diesem Feld – Herr Preuß hat darauf hingewiesen – erfolgreich. Das Problem ist allerdings: Den Krankenhäusern fehlen die finanziellen Mittel, aber auch

Ärzte, um den einschlägigen Rechtsvorschriften nachzukommen.

Die von Herrn Dr. Romberg zitierte Aktion ist übrigens nicht die erste, die von der Arbeitsschutzverwaltung in Krankenhäusern durchgeführt worden ist. So sind zum Beispiel im Bezirk Düsseldorf 2006 und 2007 alle Krankenhäuser überprüft und entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden. Die Erfahrungen zeigen, dass die Schwere der Verstöße, verglichen mit denen im Vorjahr, eher abnimmt. Panikmache, meine Damen und Herren, ist also nicht angezeigt. Und ich sehe schon die Schlagzeile: Arbeitsminister Schneider verantwortlich für falsch amputiertes Bein!

(Heiterkeit von der SPD und von der LINKEN)

Dazu kann ich nur sagen: Sie wollen doch nicht unbedingt nur auf die Boulevardseiten oder die „Bunte Seite“, sondern auch einmal auf die seriösen Seiten einer Zeitung. Ich hatte eben den Eindruck: Ein Hauch von Möllemann geht durch den Saal.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die Verstöße gegen die regelmäßige Arbeitszeit von bis zu zehn Stunden liegen meist im Bereich von maximal elf Stunden.

Weitere festgestellte Überschreitungen bei einer Schichtlänge von 24 Stunden resultieren fast ausschließlich aus Vorgaben in verschiedenen Tarifverträgen, die vorsehen, dass Pausen nicht in die 24-Stunden-Schichten einzurechnen sind. Dies ist nicht im Einklang mit dem EU-Recht und muss deshalb moniert werden. Diese Art der Überschreitungen ist aber wegen der Diskrepanz zwischen Tarifvertrag und EU-Recht meistens auf Unkenntnis und nicht auf Absicht zurückzuführen und wird nach entsprechendem Hinweis von den meisten Häusern auch zeitnah abgestellt.

Verstöße gegen arbeitszeitrechtliche Vorschriften erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Patientinnen und Patienten medizinisch nicht optimal versorgt und behandelt werden; da gebe ich Ihnen völlig recht. Dies ist eine abstrakte, keine konkrete Beeinträchtigung der Versorgungsqualität. Aber sie könnte im schlimmsten Fall auch zu einer konkreten Gefährdung der Patientinnen und Patienten führen. Deshalb werden wir im gemeinsamen Interesse von Patienten und Beschäftigten im Krankenhaus – damit meine ich nicht nur die Ärzte, sondern alle Beschäftigten – weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitszeitgestaltung in Krankenhäusern richten.

Nun noch ein Wort zur Arbeitsschutzverwaltung – auch dazu ist eben schon etwas gesagt worden –: Seit der Verwaltungsstrukturreform unter Federführung des FDP-geführten Innenministeriums im Jahr 2007 wurden ca. 20 % der Fachleute in der Arbeits-

schutzverwaltung abgebaut. Sie wurden dem elenden Wahlspruch „Privat vor Staat“ geopfert.

(Manfred Palmen [CDU]: Unsinn!)

Auch mein Kollege, der jetzige Fraktionsvorsitzende der CDU, Karl-Josef Laumann, hat schon auf die unzumutbaren personellen Verhältnisse im Arbeitsschutz hingewiesen. Ich bin ihm dankbar dafür.

Aufgrund dieser Personalsituation sind Überwachungsprogramme aus eigener Initiative nicht mehr so einfach wie früher durchführbar. Trotz dieser Personalsituation hat das damalige MAGS wegen der besonderen Problemlage die Überwachungsaktion zu den Arbeitszeiten in Krankenhäusern veranlasst.

Ich begrüße es, dass auch Sie, Herr Dr. Romberg, die Überwachung der auch mir wichtigen Arbeitszeitregelungen in allen Betrieben, nicht nur in Krankenhäusern, stärken wollen. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn die FDP an geeigneter Stelle dafür eintreten würde, die Personalsituation im Arbeitsschutz zu verbessern. Wenn Sie dies nicht tun, wären Ihre heutigen Interventionen weitgehend gegenstandslos und vor allem unglaubwürdig. Wer A sagt, muss auch B sagen. Dies bezieht sich auch auf den Arbeitsschutz und die Arbeitszeitregelungen im Krankenhaus. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der FDP-Fraktion für die heutige Aktuelle Stunde gesehen habe, drängte sich mir – und das tut sie immer noch – die Frage auf: Worum geht es der FDP hier eigentlich? Geht es ihr wirklich um Patientensicherheit? Geht es ihr darum, den Arbeitsschutz für Ärzte in Krankenhäusern zu sichern? Was ist die eigentliche Motivation? Geht es ihr nicht vielmehr darum, den Arbeitsminister „anzupinkeln“? Das haben Sie ja offenbart, als Sie gesagt haben: Der Minister ahndet nicht genug! – Ihnen sind die Fallzahlen da, wo er interveniert hat, viel zu gering.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Sieben Mal bestraft bei den Verstößen: Ist das viel?)

– Ich komme gleich darauf. – Sie beurteilen etwas, ohne die Qualität der Beanstandungen zu untersuchen. Wenn es Ihnen wirklich ernst wäre um den Arbeitsschutz in Krankenhäusern, dann hätten Sie hier keine Aktuelle Stunde beantragt, sondern Sie hätten einen Antrag an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration gestellt. Sie hätten gesagt: Herr Minister, berichten Sie bitte in der nächsten Sitzung, damit wir über die Qualität

der Verstöße diskutieren um sie entsprechend bewerten können!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn Verstoß ist nicht gleich Verstoß. Da gibt es ganz unterschiedliche Grade. Der Minister hat gerade angedeutet, dass es sich lohnt, über diese Verschiedenartigkeit zu diskutieren.

Dann wäre Ihr Antrag ernst zu nehmen. Aber offensichtlich geht es Ihnen gar nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung, sondern Sie wollen hier eine Show veranstalten. Und das ist der Angelegenheit wirklich nicht angemessen.

Denn wenn bei 37 von 40 Krankenhäusern Verstöße festgestellt werden, dann sind das in der Tat 90 %. Wenn wir das hochrechnen auf unsere 400 Krankenhäuser, dann wäre das, wenn sich das so bewahrheiten würde, verheerend. Dann müssen wir uns in der Tat darum kümmern. Wir müssen die Frage beantworten, die Herr Preuß völlig zu Recht hier gestellt hat: Worum ist das denn so? Wo sind die Ursachen zu suchen? – Und dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt.

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

Wenn Sie heute in die Zeitung gucken, dann finden Sie Schlagzeilen wie „Röslers Spargesetze provozieren Sturm der Entrüstung“. In der Situation, die wir gerade gemeinsam in den Krankenhäusern feststellen, geht der Bundesgesundheitsminister her, von Ihnen unterstützt, von der CDU aber auch, und kürzt den Anteil für Krankenhäuser um 450 Millionen €. In dieser Höhe verlangt er ein Einsparpotenzial. Das ist doch unerhört.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das Schlimme bei dem, was Sie gerade in Berlin veranstalten, ist: Das ist noch nicht einmal alles, was auf die Krankenhäuser zukommt. Sie zerschlagen ja gerade unser solidarisches Gesundheitssystem.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Hören Sie auf!)

– Aber natürlich! Denn Sie lassen die GKV bluten, indem Sie das, was an Rabatten in der Medizin herauskommt, gleich den Privaten hinterher schmeißen. Die Privaten können nämlich nur deshalb solche Tarife und solche Leistungen anbieten, weil Sie die Option haben, immer wieder neue junge, gesunde Mitglieder aufnehmen zu können.

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

Wenn diese Gruppe kleiner wird, dann müssen sie dafür sorgen, dass nach einem Jahr bereits gewechselt werden kann, damit entsprechend Nachwuchs kommt. Der fehlt dann den gesetzlichen Krankenversicherungen.

Wenn Sie der gesetzlichen Krankenversicherung dann auch noch die Möglichkeit nehmen, Zusatzversicherungen abzuschließen, und dies auch wie-

der ausschließlich den Privaten überlassen, schwächen Sie sie weiter.

Meinen Sie denn, wenn Sie dann noch das Prinzip „Vorkasse“ bei den gesetzlichen Krankenkassen einführen, sodass die Gruppe der Versicherten gespalten wird in diejenigen, die sich Vorkasse leisten können, und diejenigen, die sich das nicht leisten können, dass diese Drei-Klassen-Medizin keine Auswirkungen auf die Krankenhäuser hätte?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das wäre die eigentlich wichtige Diskussion, die wir hier miteinander führen müssen: Wie ist die Finanzierungsbasis unseres Gesundheitswesens? Wir müssen diese Diskussion unter Beteiligung der Arbeitgeber ehrlich führen. Wir dürfen sie nicht ausschließen. Das haben Sie ja auch noch draufgepackt: Sie wollen die Arbeitgeber in Zukunft bei allen Kostensteigerungen ausschließen. Und dass Kostensteigerungen kommen, ist normal, wenn wir Innovationen wollen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wer hat denn damit angefangen?)

– Das haben wir nicht angefangen.

(Zurufe von der FDP)

– Nun regen Sie sich doch nicht so auf! Herr Romberg, können Sie nicht differenzieren? – Das sollten Sie aber. Sie haben einen akademischen Abschluss, müssen doch da ein bisschen gelernt haben. Differenzieren sollten Sie können! Es ist doch ein Unterschied, ob ich eine bestimmte Quote einmal für Arbeitgeber aussetze oder ob ich für die ganze Zukunft, für jede Erhöhung, für jede Kostensteigerung sage: Damit haben Arbeitgeber nichts mehr zu tun. – Damit verlieren die Arbeitgeber doch völlig das Interesse daran, dafür zu sorgen, dass die gesundheitliche Versorgung auch in ihren Betrieben gut läuft und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesund bleiben.

Das ist, glaube ich, die eigentliche Diskussion, die wir hier führen müssen. Ich freue mich darauf, Herr Romberg, wenn wir die im Ausschuss tatsächlich einmal richtig führen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt der Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht heute um zwei wichtige Bereiche: einmal um den Bereich „Arbeitnehmerschutz“ und zum anderen um das Thema „Patientenrechte“.

Ich finde es nicht nur bemerkenswert, sondern eigentlich unzumutbar, dass die Gesundheitsministerin hier 30 Minuten zu spät kommt und dann dieser Debatte nicht folgt, sondern im Parlament hin und her läuft. Das gehört sich nicht, das ist unredlich und dieser Debatte auch nicht würdig.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Ganz billig!)

Meine Damen und Herren, wie ich gerade sagte, geht es heute um ein wichtiges Thema. Ich glaube, in dieser Debatte ist klar geworden, dass die Kontrollen, die wir bislang haben, nicht ausreichen. Patientenrechte sind wichtig, sie müssen eingehalten werden. Wir erwarten sicher alle, dass wir, wenn wir Patient sind, in den Krankenhäusern anständig behandelt werden und keine übermüdeten und überlasteten Ärzte vorfinden.

Der Arbeitnehmerschutz, der jetzt eigentlich im Fokus stehen sollte, wird in Deutschland relativ hoch aufgehängt, in vielen anderen Bereichen sogar sehr hoch aufgehängt. Ich wundere mich, dass das im Gesundheitswesen tatsächlich nicht der Fall ist. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel, wo es absolut selbstverständlich ist, dass wir einen umfangreichen Arbeitnehmerschutz haben: Der Lkw-Fahrer muss nämlich minutengenau nachweisen, wie lange er auf der Straße unterwegs ist. Ein Arzt muss das nicht und wird entsprechend nicht dafür bestraft. In diesem einen Bereich sind Kontrollen selbstverständlich. Das muss meines Erachtens auch im Gesundheitswesen der Fall sein.

Herr Minister Schneider hat hier gesagt, was er auch im Ausschuss immer wieder vorgebracht hat, wir müssten jetzt entsprechend handeln, es müsste etwas passieren, der Arbeitnehmerschutz sei so wichtig. – Herr Minister Schneider, Sie sind jetzt seit über 100 Tagen im Amt. Ich glaube, es ist langsam Zeit, dass Sie hier handeln. Die Lösung dieses Problems ist absolut notwendig. Sie können es nicht immer nur der Vorgängerregierung in die Schuhe schieben. Sie sind jetzt in der Verantwortung. Es ist jetzt Ihr Arbeitnehmerschutz. Fangen Sie jetzt endlich an zu handeln. Es wäre in dieser Woche eine Möglichkeit da gewesen, um beispielsweise den Fachkräftemangel zu beheben. Wir hatten beantragt, eine medizinische Fakultät einzurichten. Die haben Sie abgelehnt. Das wäre der erste Anfang gewesen, um gegen den Ärztemangel vorzugehen.

(Beifall von der FDP)

Zu dem, was die Linkspartei zum Thema „Arbeitnehmerschutz“ vorgetragen hat, fällt mir nur eine Sache ein: Dass die Linke nun die Arbeitsbelastung der Polizistinnen und Polizisten im Rahmen der Anti-Castor-Demonstrationen kritisiert, ist meines Erachtens ein großer Witz. Sie ruft selbst zu massivem Widerstand und illegalen Aktionen auf. Das brennende Streichholz werfen und dann die arme Feuerwehr bedauern, das ist meines Erachtens nur

peinlich. Am besten entlasten Sie die Polizei, indem sie ihr keinen Einsatzgrund liefern.

(Beifall von der FDP)

Meine Kollegen von der Linken, Sie können im Übrigen auch die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes entlasten, indem Sie endlich einmal anfangen, ein demokratisches Programm zu schreiben, denn dann müssten die Sie auch nicht so viel beobachten.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe es schon gesagt: Kontrollen sind für mich wichtig. Ich glaube, dass hier entsprechend gehandelt werden muss.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin Herrn Minister Schneider: „Angesichts der Haushaltslage muss die Landesregierung hier Schwerpunkte setzen. Das wird die große Schwierigkeit in den nächsten Monaten sein.“ – Herr Minister Schneider, schauen Sie mal ein paar Plätze nach rechts. Herr Minister Rimmel – er ist gerade nicht da – hat es in seinem Bereich vorgemacht und 300 zusätzliche Personen eingestellt. Ich glaube, dass der Arbeitnehmerschutz auch wichtig wäre.

Sie sagen als ehemaliger DGB-Vorsitzender die ganze Zeit, dass der Arbeitnehmerschutz so wichtig sei. Da frage ich Sie: Was ist denn Ihre bisherige Leistung? – Ihre bisher einzige Leistung ist, dass Sie im Koalitionsvertrag festgehalten haben – ich zitiere: „Wir wollen Gute Arbeit sichern, indem wir die Arbeitswelt humanisieren.“ Das ist das Einzige, was in diesem Bereich bislang geleistet wurde. Ich finde das schon etwas abenteuerlich.

Als ich über dieses Thema nachgedacht habe, ist mir noch ein Vergleich dazu eingefallen, wie die Regierung in manchen Bereichen handelt und sich positioniert. Kennen Sie die Geschichte vom „Tapferen Schneiderlein“? – Das hat sieben Fliegen auf einen Streich erschlagen, sich dann stolz eine große Sieben angeheftet, und alle dachten, es habe heldenhaft sieben Männer im Kampf besiegt. Bei Ihnen ist das ähnlich: Sie heften sich groß den Arbeitnehmerschutz ans Revers, und alle denken, dass der ehemalige DGB-Chef der große neue Arbeitnehmerheld ist. Aber so ist es nicht, meine Damen und Herren. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie nach über 100 Tagen endlich anfangen, zu arbeiten und hier die Konsequenzen zu ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Die Linke Herr Kollege Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es immer

wieder sehr erhellend, wenn von der FDP in fast jeder Debatte von irgendwelchen Bestrebungen der Linken die Rede ist. Da wird über Gesundheitspolitik geredet – und dann sind wir plötzlich beim Castor im Wendland. Sprechen Sie doch mal zur Sache! Das wäre wirklich günstiger für dieses Haus und auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Ich möchte jetzt noch kurz etwas zu Herrn Minister Schneider sagen. Herr Minister, es ist völlig richtig, dass die FDP einen Antrag vielleicht nur zur Show stellt – denn im Ausschuss diskutiert sie darüber nicht; dazu fordere ich sie nachher aber noch auf –, aber eines darf man nicht sagen: dass keine Panik gemacht werden darf.

Meine Damen und Herren, ich komme aus dem Gesundheitswesen, ich komme aus dem Krankenhaussektor, und ich weiß, wie es den Beschäftigten und auch den Patientinnen und Patienten dort geht. Deshalb sage ich auch: Viele, viele Arbeitszeitverstöße werden überhaupt nicht erfasst, weil sich die Kolleginnen und Kollegen nicht trauen, darüber zu sprechen, weil sie unter Umständen Nachteile fürchten. Deshalb ist das, was hierzu an Daten erhoben worden ist, nur die Spitze des Eisbergs.

Daher sage ich, Herr Minister: Wir müssen in der Tat Alarm schlagen, dürfen das nicht verniedlichen, aber wir müssen die Diskussion seriös angehen.

Wenn wir über die Arbeitssituation sprechen, vermeiden Sie von der FDP immer, über die Kosten zu sprechen,

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

weil Sie das Geld aus dem System über Jahre mit der CDU gemeinsam herausgezogen haben. Wir müssen über das Geld sprechen – mehr Personal kostet nun einmal Geld. Und deshalb darf man dann das Geld nicht aus dem Gesundheitssystem herausziehen.

Daher fordere ich Sie noch einmal auf: Denken Sie daran, das in Ihren Bundestagsfraktionen zu thematisieren, damit sie mit Ihrer verheerenden Gesundheitsreform Schluss machen. Und sorgen Sie dafür, dass mehr finanzielle Ressourcen in die Gesundheitsversorgung hineinkommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Und, Kollege Scheffler, wenn Sie davon sprechen, dass verbindliche Personalmindestzahlen gefordert werden müssen, dann stimmen wir Ihnen aus vollem Herzen zu und sagen: Lassen Sie uns das ganz konkret hier in Nordrhein-Westfalen angehen, dass die Personalbemessung in den Krankenhäusern entsprechend so gestaltet ist, dass vernünftige Arbeitsbedingungen existieren und eine vernünftige Versorgung der Patienten erfolgen kann.

(Beifall von der LINKEN)

Noch zwei Sätze zu Ihnen von der FDP und auch der CDU: Der Arbeitsschutz muss gestärkt werden;

das ist völlig richtig. Aber dann dürfen da nicht die Stellen gekürzt werden, was Sie in den vergangenen fünf Jahren getan haben.

(Beifall von der LINKEN)

Zweitens. Damit eine effektive Kontrolle in den Krankenhäusern möglich ist, bedarf es starker Personal- und Betriebsräte.

(Zuruf von der FDP)

Wenn Sie dann in der vergangenen Legislaturperiode das Mitbestimmungsgesetz, das Landespersonalvertretungsgesetz geschwächt haben, sodass Personalräte kaum noch etwas dazu sagen und kaum noch handeln können, dann sind Sie mit dafür verantwortlich, dass in diesen Bereichen die Arbeitsbedingungen miserabel und Gesetzesverstöße wirklich gang und gäbe sind. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hafke, ich könnte es mir jetzt leicht machen und Ihnen sagen, ich hätte die letzten 30 Minuten zu Beginn der Debatte dazu genutzt, mit den Länderkollegen der CDU zu telefonieren, um die bundespolitischen Misereen, die von Herr Rösler auf den Weg gebracht werden, zu verhindern.

Aber auf solche Spielchen will ich mich gar nicht einlassen, denn die Debatte wird schon seit längerer Zeit geführt; ich habe ja auch mit dem Kollegen Romberg während der letzten zehn Jahre darüber an vielen Stellen diskutiert. Deswegen ist das hier keine neue Debatte, sondern wieder eine, in der Sie sich letztendlich um eine Aussage drücken, wie das Problem, das faktisch in den Krankenhäusern besteht, wirklich gelöst werden soll.

Mehr Kontrollen lösen das Problem nämlich nicht.

Und auch bei der Tatsache, dass wir nicht mehr Kontrollmöglichkeiten haben, machen Sie es sich hier ganz einfach. Dass wir sie nicht haben, ist aber eine Frage des Personals, das Sie reduziert haben.

Sie waren in der letzten Legislaturperiode nicht im Landtag, weswegen ich Ihnen gern noch einmal ein bisschen von dem Geist, der hier geweht hat, erzählen möchte. Da hieß es von Ihren Fraktionen „Privat vor Staat“, „schlanker Staat“, „Bürokratieabbau“. Deswegen haben Sie Stellen abgebaut. Und die haben Sie in allen möglichen Bereichen abgebaut: im Gesundheitsschutz, im Arbeitsschutz und auch im Umweltschutz.

Natürlich können wir als neue Landesregierung all die Stellen, die Sie abgebaut und für überflüssig erklärt haben, nicht von einem Tag auf den anderen wieder einrichten, weil Sie plötzlich entdecken, dass Sie da verdammten Mist gemacht haben.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD] – Zuruf von der CDU: Das ist doch völliger Unsinn!)

Wir würden das gerne tun, aber das in dem Umfang benötigte Geld haben wir gerade nicht. Aber wir werden mit Sicherheit die Fehler, die Sie gemacht haben, und den Stellenabbau, durch den Sie das Land in den Kontrollfragen zugrunde gerichtet haben,

(Zuruf von der CDU: So ein Blödsinn!)

reparieren. Aber dafür brauchen wir auch Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist der eine Irrglaube. Deswegen wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig, hier solche Vorwürfe in den Raum zu stellen.

Das Zweite. Wenn wir wirklich darüber reden wollen, wie wir im Gesundheitssystem das Krankenhaus entlasten können, Herr Romberg, besteht zunächst einmal kein Zweifel: Arbeitszeitverstöße sind eine Katastrophe; darin sind sich hier alle einig. Wir haben aber das Problem, dass wir das, was wir an Geld brauchen, faktisch nicht im System haben, um ausreichend Mediziner adäquat zu bezahlen. Das wissen Sie so gut wie ich. Das heißt nicht, dass wir deswegen die Arbeitszeitverstöße rechtfertigen. Aber wenn wir über das eine reden, müssen wir auch über das andere reden, nämlich welche Finanzierung wir für das Personalbudget unserer Krankenhäuser haben.

(Zuruf von der CDU)

Dabei brauchen wir uns auch gemeinsam nichts vorzumachen. Es geht über die letzten zehn Jahre – egal, welche politische Couleur hier die Verantwortung hatte – finanziell bergab. Lassen Sie uns in Ruhe ansehen, wo gespart worden ist.

Zu einem hohen Teil ist im Pflegebereich im Krankenhaus gespart worden. Zum Teil ist der medizinische Bereich noch aufgestockt worden, aber jetzt sind die Krankenhäuser an einer Grenze, an der es eigentlich keinerlei Einsparmöglichkeiten mehr gibt. Die Situation für die Krankenhäuser, wenn wir uns die Zahlen auf Bundesebene ansehen – die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat im Juli 2 Milliarden € Defizit bei der Finanzierung geschätzt –, die Sie zu Recht als problematisch beschreiben, wird immer schwieriger.

Und zwar potenzieren sich die Probleme auch durch das, was von Ihrem Bundesgesundheitsminister Rösler als GKV-Finanzierungsgesetz auf den Tisch gelegt worden ist. Ein Problem – das kennen Sie auch; dagegen hat sich bereits mein Vorgänger einzusetzen versucht – sind die unterschiedlichen

Landesbasisfallwerte. Allein das wird für Nordrhein-Westfalen in 2010 Ausfälle in Höhe von rund 170 Millionen € bringen.

Wir können aber auch über andere Regelungen, die neu in das Gesetz aufgenommen worden sind, reden. Da haben wir den Abschlag auf Mehrleistungen in Höhe von 30 % in 2011. Das sind, wenn man es ganz knapp rechnet, bundesweit 350 Millionen € in 2011 und 270 Millionen € in 2012 – die kommen noch auf das fehlende Geld obendrauf. Das heißt, wir haben ein noch größeres Loch.

Wir können aber auch über die Regelungen bezüglich der halben Grundlohnrate reden – das sind geschätzt und kalkuliert zwischen 150 und 450 Millionen € in 2012. Herr Romberg, Sie können nicht fordern, wir müssten was tun, damit keine Fehlbehandlungen stattfinden, und gleichzeitig mit Ihrem Bundesgesundheitsminister den Krankenhäusern den Hals umdrehen, sodass sie überhaupt keine adäquate Medizin mehr finanzieren können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn Sie sich hier hinstellen und einfordern, dass die Gesundheitsministerin redet, was sie an der Stelle immer gerne tut, dann führen wir den Dialog aber auch gesundheitspolitisch. Dann benennen Sie mir Felder, wo die Einsparungen, die Ihr Bundesgesundheitsminister unseren nordrhein-westfälischen Krankenhäusern aufzwingt, erbracht werden sollen. Wo sollen die Häuser denn noch sparen? Sie kommen doch aus dem Bereich und kennen genug Krankenhäuser; dann sprechen Sie mal mit einem Geschäftsführer und sagen ihm, die sollen sparen. – Wo?

Energiekosten sparen ist eine klassische FDP-Position. Dieses Einsparpotenzial haben wir nicht mehr. Eine Personalkosteneinsparung wollen Sie genauso wenig wie ich. Das geht auch gar nicht mehr. Was haben wir dann noch? Wo sind die Synergiereserven? Wo sind die Effizienzreserven im Krankenhaussystem? Wir haben diese Reserven nicht. Sie sind auf Bundesebene auf dem besten Wege, das Gesundheitssystem in Gänze kaputtzusparen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

Damit verschärfen Sie das Problem noch mehr.

Herr Kollege Romberg, ich wäre froh, wenn man an einem Strang ziehen könnte. Vielleicht ist es ein Signal von Ihnen, wenn Sie sagen, wir müssen die Gesundheitspolitik richtig aufstellen. Deshalb versuchen Sie nun, Daniel Bahr zum Parteivorsitzenden zu machen. Ich würde mir wünschen, dass dies einen positiven Ausfluss hat. Vielleicht können Sie ihm dann Ihre Wünsche und Appelle mit auf den Weg geben, damit irgendetwas von der Lebensrealität in den Krankenhäusern und von der katastrophalen Situation für die Patientinnen und Patienten bei Herrn Rösler ankommt.

Ich würde mir wünschen, dass effektiv etwas im Lande passiert, statt solche Beiträge zu diskutieren, die die Menschen nicht voranbringen. Das geht an dieser Stelle nur über den Bundesminister. Deswegen wünsche ich mir, dass Sie initiativ werden.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Preuß zu Wort gemeldet.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere, dass in weiten Teilen an der Sache vorbeigeredet wird. Im ersten Teil meiner Rede ist sehr deutlich geworden, wo die Probleme liegen. Abgesehen von Herrn Minister Schneider ist darauf leider niemand eingegangen. Frau Steffens hat Teile davon allerdings auch aufgegriffen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind das Problem!)

Es ist völlig klar, dass es nicht im Interesse der Patientinnen und Patienten ist, von einem Arzt behandelt zu werden, der durch Übermüdung ein erhebliches Gefährdungspotenzial hat und darüber hinaus auch seine eigene Gesundheit gefährdet.

Selbstverständlich sind die Arbeitszeitgesetze einzuhalten. Das kann doch gar nicht strittig sein. Liegen Verstöße vor, sind sie zu ahnden.

Wir diskutieren hier über Personalmangel im Bereich des Arbeitsschutzes. Darum geht es gar nicht. Es geht darum, wie das Arbeitszeitgesetz von den zuständigen Bezirksregierungen tatsächlich umgesetzt und angewandt wird. Ich habe vorhin nachdrücklich eingefordert, dass eine Beratung stattfindet und diese Beratungsphase noch länger dauert. Das ist eben auch angeklungen. Der Personalmangel im Arbeitsschutz hat mit dieser Frage überhaupt nichts zu tun.

Unsere Probleme liegen schlichtweg im Ärztemangel in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen dieses Problem lösen. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Studienplätze in diesem Bereich geschaffen werden. Dazu fordern wir die Landesregierung ausdrücklich auf. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Kollege Preuß. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** damit die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf: